



An alle Haushalte

## INFORMATIONEN DER SPD MEDEBACH

# Strategie für mehr Jobs

## Neue Arbeitsplätze und mehr Steuergerechtigkeit, das sind die beiden Hauptziele des SPD-Konzepts zur Steuer- und Abgabenreform 1997/98

Das was die Bundesregierung hingegen als ihre Jahrhundertsteuerreform verkündet, ist in weiten Teilen weder geeignet mehr Steuergerechtigkeit zu schaffen noch eindeutige Impulse für den Arbeitsmarkt zu geben. Zudem ist die Finanzierung in Milliardenhöhe ungewiß.

Viel zu sehr haben sich CDU/CSU und FDP wieder von ihrer seit 15 Jahren praktizierten Fehleinschätzung leiten lassen, man müsse nur den Wohlhabenden und der Wirtschaft Steuergeschenke machen, die werden dann schon auch Arbeitsplätze schaffen.

Die letzten Jahre haben gezeigt, daß diese Annahme nicht aufgegangen ist.

Von 1985 bis 1995 haben sich die Bruttogewinne aus Unternehmen und Vermögen fast verdoppelt, während gleichzeitig die durchschnittliche Steuerbelastung von 18,73% auf 10,95 % gefallen ist. Die sinkende Steuerbelastung hat den ständigen Abbau von Arbeitsplätzen nicht verhindern können. Die erneute Erwartung der Bundesregierung, daß Nettoentlastungen größerer Gewerbebetriebe sich in der Schaffung von mehr Arbeitsplätzen umsetzen, ist somit reine Spekulation.

Entscheidend für die Unternehmen ist weniger die Steuerquote sondern vielmehr die Frage ob eine Investition Gewinne erwarten läßt. Das

hängt von den Absatzmöglichkeiten und den Kosten ab. Wesentlich sind die Kosten der Arbeit, die auch bei niedrigeren Steuern nicht geringer werden.

Vor diesem Hintergrund, hat die SPD ein Steuerreformmodell vorgelegt, welches nicht nur für mehr Steuergerechtigkeit sorgt, sondern den Ansatz genau auf die Senkung der Lohnnebenkosten und die Nachfragebelebung der Binnenwirtschaft legt.

Daß der vom Bundestag mittlerweile beschlossene Regierungsentwurf (trotz Nachbesserungen) für die SPD nicht zustimmungsfähig ist, liegt nicht zuletzt an der Intention dieses Werkes, weiter nach oben zu verteilen. Offenbar scheint die Senkung des Spitzensteuersatzes das wichtigste Anliegen der Koalition zu sein. Für derartige Steuergeschenke hat der Staat jedoch kein Geld.

Die SPD hingegen will schon ab 01.01.98 eine spürbare Entlastung für Arbeitnehmer und Familien. Das Steuerkonzept der SPD wird für eine Durchschnittsfamilie mit 2 Kindern eine Entlastung von etwa 2500 DM im Jahr bringen. Das verbessert die Kaufkraft und fördert Investitionen in Arbeitsplätze. Weiter sollen die Sozialversicherungsbeiträge um 30 Milliarden gesenkt werden, das kommt Arbeitgebern wie Arbeitnehmern je zur Hälfte zugute.

Die Gegenfinanzierung wird u.a. durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen sowie durch die Beseitigung von Steuer-subventionen und Steuerschlupflöchern erreicht werden. So soll u.a. durch eine Änderung des Bilanzsteuerrechts erreicht werden, daß Unternehmen sich bei der Gewinnermittlung nicht mehr künstlich arm rechnen können um Steuern einzusparen. Weiter tragen die Wiedereinführung der Besteuerung hoher Privatvermögen (über 1 Mio.), eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt und der Mineralölsteuer um 6 Pfg. zur Gegenfinanzierung bei.

Doch selbst unter Berücksichtigung dieser Gegenfinanzierung bleibt für die Durchschnittsfamilie eine jährliche Entlastung von 2000-2500 DM.

Dabei werden Arbeitnehmer die in Wechselschichten arbeiten oder lange Anfahrwege zur Arbeit haben nicht bestraft, Arbeitslosengeld und Lohnersatzleistungen nicht und Renten nicht zusätzlich besteuert, auch bestehende Lebensversicherungen bleiben unbesteuert.

Auch gibt es nach dem SPD-Modell keine Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen für Investitionen in neue Arbeitsplätze und Wohnungen.

**Die konkreten Entlastungszahlen siehe Tabelle auf Seite 3**

## Zum Nachdenken

# "Erfolgreiche" Privatisierung

## Beispiel : Ihre POST

In wenigen Jahren nach der Umstrukturierung und schließlich Privatisierung, haben die Vorstände der 3 Nachfolgeunternehmen der ehemaligen Deutschen Bundespost ganze Arbeit geleistet.

Von ehemals 230.000 Arbeitsplätzen werden die Telekom AG bis zum Jahr 2000 rund 60.000 gestrichen haben. Die Post AG will bis zur Jahrtausendwende ihr Personal von 379.000 auf 220.000 Beschäftigte reduziert und nebenbei ihre eigenbetrieblenen Filialen von gut 20.000 auf deutlich unter 10.000 verringert haben. Auch die Postbank AG spart 12.000 ihrer ursprünglich 22.000 Stellen ein.

So kann die Bundesregierung, die ja die Privatisierung der Post zurecht als ihren Erfolg verkauft, stolz sein auf die "erfolgreiche" Vernichtung von rund 230.000 Arbeitsplätzen in weniger als 10 Jahren.

Das solche "Leistungen" natürlich belohnt werden müssen versteht sich, schließlich ist diese Regierung immer mit der Devise angetreten: Leistung muß sich lohnen!

Bei der Telekom erhielten die Vorstandsmitglieder 1990 zusammen 2,8 Millionen DM/jährlich als Bezüge. Bei der Post waren es 2,6 Millionen und bei der Postbank 1,3 Millionen. Die Telekom-Vorstandsmitglieder haben sich ihre Bezüge 1996 um **66 %** auf 10,35 Millionen erhöht.

Dem konnten natürlich auch die Post-Vorstandsmitglieder nicht nachstehen, sie erhöhten bereits 1995 ihre Bezüge um **60 Prozent** auf 5,7 Millionen DM, und daß obwohl die Post AG 1995 sogar noch einen Verlust von 1,1 Milliarden DM ausweisen mußte. 1996 folgte dann noch mal ein Nachschlag dieser Herren um **20 %** auf 6,8 Millionen.

Die Postbank-Vorstandsmitglieder gaben sich mit einer Erhöhung auf

nur knapp 3,5 Millionen zufrieden. Jeder normal denkende Mensch kann angesichts dieser Zahlen nur mit dem Kopf schütteln. Aber so funktioniert der unbegrenzte Kapitalismus pur - die einen liegen auf der Straße, dafür schwimmen die anderen im Überfluß.

**Es wird höchste Zeit für ein Ende dieser verheerenden Politik !!!!**

## Rettungsdienst in Medebach

Nachdem schon lange die Situation zum Rettungs- und Notfalldienst in Medebach als unzureichend empfunden wurde, verschärfte sich die Situation noch zum Jahreswechsel 1996/97. Dann lief nämlich im Rettungsgesetz eine seit 1992 verankerte Übergangsfrist aus, die die Qualitätsanforderungen für die im Rettungsdienst eingesetzten ehrenamtlichen Helfer betraf. Und zwar dürfen ab 1.1.1997 nur noch Rettungsassistenten und Rettungsassistenten zum Einsatz kommen. Leider verfügt von den ehrenamtlichen Medebacher Helfern keiner über eine Ausbildung als Rettungsassistent und nur wenige haben eine Ausbildung als Rettungsassistent, so daß ab 1.1.97 der Rettungswagen aus Medebach nicht mehr gefahren werden durfte. Von diesem Zeitpunkt an wurde die gesamte Versorgung von der Rettungswache Winterberg vorgenommen. Starke Zweifel an der Einhaltung einer angemessenen Zeit bis zum Eintreffen verstärken sich, besonders auch für Nachtzeiten, wenn man die Topographie zwischen Winterberg und Medebach betrachtet und dabei auch noch die winterlichen Verhältnisse berücksichtigt. Mit Spannung wurde dann das längst überfällige Gutachten zum Rettungsdienst im Hochsauerlandkreis erwartet. Nach diesem Gutachten soll Medebach als „dezentraler Fahrzeugstandort

der Rettungswache Winterberg“ geführt werden. Dieses Fahrzeug soll die Eintreffzeit von 12 Minuten im Stadtgebiet Medebach gewährleisten. Tagsüber sollen allerdings mit diesem Fahrzeug aber auch Krankentransporte im gesamten Einsatzbereich der Rettungswache Winterberg durchgeführt werden. Dieses Fahrzeug soll jederzeit mit einem hauptamtlichen Rettungsassistenten besetzt sein, verstärkt durch einen Zivildienstleistenden oder einen ehrenamtlichen freiwilligen Helfer, die dann aber die Ausbildung zum Rettungsassistenten erwerben müssen. Zunächst erscheint nach dem Gutachten die Versorgung für Medebach verbessert. Kritisch zu sehen ist aber der Plan, diesen RTW auch für Krankentransporte einzusetzen. Denn sollte bei einem Notfall der RTW gerade mit einem Krankentransport unterwegs sein, muß weder auf die Versorgung durch die Rettungswache Winterberg zurückgegriffen werden. Damit ist wieder die 12 Minuten-Eintreffzeit nicht gewährleistet.

Wichtigste Forderung der SPD an den Hochsauerlandkreis bleibt aber die schnelle Umsetzung des Gutachtens - möglichst noch in diesem Herbst.

Weiterhin muß auch geklärt werden, ob bei Notfällen auch der Transport in hessische Nachbar-Krankenhäuser gewährleistet ist. Weiter erwartet die SPD, daß die Verwaltung den bisherigen Freiwilligen Helfern behilflich ist, die Qualifikation zum Rettungsassistenten oder Rettungsassistenten nachzuholen. Hilfestellung sollte auf jeden Fall bei den Gesprächen mit den Arbeitgebern der Helfer über die Freistellung während der Ausbildungsphase gegeben werden. Ebenso wichtig ist die Klärung der Frage, wer die Lohnfortzahlung während der Ausbildung übernimmt. Wir sollten auf keinen Fall auf die wertvolle Hilfe der ehrenamtlichen Helfer verzichten, die immerhin über 20 Jahre ihre Freizeit im Dienste für unsere Mitbürger geopfert haben!

## SGK Fachausschuß zu Besuch in Medebach

Auf Anregung von Kreistags- und Ratsmitglied Brunhilde Sengen fand eine Klausurtagung „Entwicklungsplanung, Wohnen und Verkehr“ Medebach statt. Zahlreiche Kommunalpolitiker aus ganz NRW nahmen teil. Als Gast hielt Wolfgang Roters, Referent im Bauministerium, ein Referat zur Städtebauförderung. Die Schwerpunkte sah er in:

- Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen
- Sicherung bzw. Wiederherstellung des sozialen Gleichgewichts in einigen Stadtteilen
- Wiedernutzung von Fläche- und Gebäudebrachen (z.Beiispiel: Nutzung ehemaliger militärischer Standorte und ehem. Gebäude der Post oder Bahn AG)
- Sicherung von vitalen Innenstädten

Die Gewerbeflächenförderung werde in ihrer Bedeutung abnehmen, jedoch sei eine verbesserte Abstimmung in der Region erforderlich, die unnötige Konkurrenz zwischen den Kommunen vermeide.

Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) wird sich in den nächsten Sitzungen weiterhin mit diesen Themen beschäftigen und die Positionen der Kommunen dazu darlegen.

Weitere Themenschwerpunkte der Klausur waren:

- Wohnraumversorgungspolitik für Problemgruppen
- Verkehrsmanagement/Verkehrsvernetzung
- Interkommunale Zusammenarbeit
- Perspektiven kommunaler Wohnungsbauunternehmen

Zum Abschluß der Klausur zeigten sich alle Teilnehmer von der angenehmen Tagungsatmosphäre im Gran Dorado angetan.



Unser Bild zeigt die Teilnehmer bei einer Führung unter Leitung von Direktor Arthur Gerber (Gran Dorado).

### 2000 bis 2500 Mark pro Jahr mehr

Die Tabelle zeigt, wie stark Arbeitnehmer und Familien durch die SPD-Steuer- und Abgabenreform entlastet werden.

Entlastung für Verheiratete	50.000 DM:	rund 2.100 DM/Jahr
ohne Kind bei einem	70.000 DM:	rund 3.100 DM/Jahr
Bruttoeinkommen von:	100.000 DM:	rund 3.900 DM/Jahr
	240.000 DM:	rund 3.350 DM/Jahr
Entlastung für eine Familie	50.000 DM:	rund 2.450 DM/Jahr
mit einem Kind bei einem	70.000 DM:	rund 3.450 DM/Jahr
Bruttoeinkommen von:	100.000 DM:	rund 4.250 DM/Jahr
	240.000 DM:	rund 3.700 DM/Jahr
Entlastung für eine Familie	50.000 DM:	rund 2.800 DM/Jahr
mit zwei Kindern bei einem	70.000 DM:	rund 3.800 DM/Jahr
Bruttoeinkommen von:	100.000 DM:	rund 4.600 DM/Jahr
	240.000 DM:	rund 4.100 DM/Jahr
Entlastung für Ledige ohne	50.000 DM:	rund 1.950 DM/Jahr
Kind bei einem	70.000 DM:	rund 2.050 DM/Jahr
Bruttoeinkommen von:	100.000 DM:	rund 2.200 DM/Jahr
	240.000 DM:	rund 2.150 DM/Jahr
Entlastung für Ledige mit	50.000 DM:	rund 2.300 DM/Jahr
einem Kind bei einem	70.000 DM:	rund 2.400 DM/Jahr
Bruttoeinkommen von:	100.000 DM:	rund 2.550 DM/Jahr
	240.000 DM:	rund 2.500 DM/Jahr
Entlastung für Ledige mit	50.000 DM:	rund 2.650 DM/Jahr
zwei Kindern bei einem	70.000 DM:	rund 2.800 DM/Jahr
Bruttoeinkommen von:	100.000 DM:	rund 2.900 DM/Jahr
	240.000 DM:	rund 2.850 DM/Jahr

\* Zur Ermittlung der Netto-Entlastung muß von diesen Entlastungsbeträgen die Mehrbelastung durch die ökologische Steuerreform und durch die Anhebung der Mehrwertsteuer abgezogen werden: Für eine Familie mit zwei Kindern durchschnittlich 400 bis 600 Mark im Jahr, für Ledige 250 bis 400 Mark.

#### Impressum:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Medebach,  
vertreten durch den 1. Vorsitzenden Michael Hiemer  
Redaktion: Ulrich Mikol  
Auflage: 3100 Exemplare  
Anschrift der Redaktion:  
Glindfelder Weg 57, 59964 Medebach  
Satz: SPD Medebach · Druck: Kräling-Druck

## Kommentar

# Die Wende wenden

Am 13. Oktober 1982 sagte der neugewählte Bundeskanzler Kohl angesichts von 1,8 Millionen Arbeitslosen: „Wir erleben zur Zeit eine Arbeitslosigkeit, die schlimmer ist als jene in den Jahren des Wiederaufbaus.“ Und das Rezept der neuen Politik war die Änderung der bis dahin eher nachfrageorientierten zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Die Bedingungen für die Anbieter von Waren und Dienstleistungen sollten verbessert, Gewinne erhöht, Steuern vermindert, hinderliche Vorschriften weitgehend abgeschafft werden. Die Gewinne von heute sollten die Arbeitsplätze von morgen sein. Seit dieser Zeit wurden mit dem offiziell vorgetragenen Argument „Damit schaffen wir neue Arbeitsplätze“ zahlreiche soziale Grausamkeiten begangen. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind in den letzten Jahren überproportional in Größenordnungen gestiegen, von denen ArbeitnehmerInnen nur träumen können. Aber diese Gewinne wurden und werden gerade nicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze investiert. Sie werden zum großen Teil in Geldkapital umgewandelt, weil die Besitzer glauben, bei vor sich hindümpelnder Binnennachfrage zum Beispiel durch Währungsspekulationen, mehr verdienen zu können. Schätzungen zufolge wandert derzeit mehr als eine Billion Mark zu Spekulationszwecken in der Welt herum. Deshalb macht es keinen Sinn, durch abermalige Senkung von Gewinnsteuern hier noch mehr Geld zu verschwenden, wenn auf der anderen Seite dem Staat dieses Geld für dringende Investitionen fehlt und die Binnenkaufkraft nicht nachhaltig erhöht wird. Auch das Argument der angeblichen Standortnachteile hält einer Überprüfung nicht stand. Die Lohnstückkosten entwickeln sich

im internationalen Vergleich zugunsten der deutschen Wirtschaft. Das Zinsniveau ist historisch niedrig, und die Steuerbelastung bewegt sich bei den tatsächlich gezahlten Steuern durchaus im internationalen Mittelfeld. Dies hat dazu geführt, daß Deutschland auch 1996 wieder Pro-Kopf-Weltmeister geworden ist und die Exportüberschüsse mit fast 100 Milliarden Mark 1996 einen neuen Höchststand erreicht haben. Trotz der immer wieder bei jeder Sozialabbaumaßnahme vorgebrachten Begründung, man tue dies alles nur, um die Arbeitslosigkeit abzubauen, gab es noch nie so viele Arbeitslose. Wir haben zwischenzeitlich über eine Million Obdachlose und eine ständig steigende Zahl von Sozialhilfempfängern. Es ist höchste Zeit, umzudenken. Das Sprichwort „jeder denkt an sich, nur ich denke an mich“ ist mehr als nur ein Wortgeklingel. Es ist auch so bekannt geworden, weil es ein Stück weit die gesellschaftliche Situation widerspiegelt. Wir müssen mit unseren Werten, Ideen, Zielen und auch Idealen wieder in die Offensive kommen. So banal dies im ersten Augenblick klingen mag, es wird Zeit, daß wir die Weichen neu stellen für ein solidarische Gesellschaft, in der Bürgersinn, Nachbarschaftshilfe und auch Nächstenliebe wieder Programm sind. Die Arbeitszeit muß verkürzt und der Standort Deutschland durch Erhöhung der Binnennachfrage gestärkt werden. Der Widerstand der Arbeitnehmer bei den Demos 1996 war der Anfang. Die Proteste der Stahlkocher, Bauarbeiter, Kohlekumpel, Postler usw. die Fortsetzung.

**Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik ist gescheitert. Die geistig-moralische Wende (welch ein Anspruch) ist am Ende!**

## Bald wieder sauberes Wasser am Glindfelder Weg ?!

Seit Monaten können zahlreiche Haushalte im oberen Teil des Glindfelder Weges nur noch mit mehr oder weniger braun gefärbtem Wasser versorgt werden. Schuld daran ist eine über 70 Jahre alte Wasserleitung im Glindfelder Weg, in der sich bedingt durch Druckänderungen zunehmend Rostrückstände lösen und das Wasser verschmutzen.

Nachdem bereits seit dem Winter massive Beschwerden aus der betroffenen Bevölkerung und ein Antrag der SPD-Fraktion auf Erneuerung der Leitung vorliegen, sind die Arbeiten nunmehr öffentlich ausgeschrieben worden. Als Ausführungstermin ist der September vorgesehen.

Es bleibt zu hoffen, daß dann endlich wieder klares und sauberes Wasser in den Haushalten ankommt, denn erneuert werden sollen zunächst nur die "problematischsten" Teilstücke im Glindfelder Weg und in der Erlenstraße.

## Landstraßen immer schlechter

Nachdem sich der Zustand der Landesstraßen im Medebacher Stadtgebiet Jahr für Jahr weiter verschlechtert und ein vielerorts erforderlicher Ausbau nicht in Sicht ist, hat sich die SPD-Fraktion nunmehr schriftlich an das Westfälische Straßenbauamt in Meschede gewandt um in Erfahrung zu bringen, wann zumindest vernünftige Instandsetzungen zu erwarten sind.

"Uns ist wohl bekannt, daß die Mittel knapp sind" so Fraktionschef Hiemer "aber das darf nicht dazu führen, daß wir bald die allerschlechtesten Straßen im weiten Umkreis haben aber anderorts Straßen mit nur geringen Schäden eine neue Teerdecke erhalten, nur weil dort mehr Verkehr herrscht."

Weiter möchte die SPD-Fraktion vom Straßenbauamt wissen, wann denn nunmehr zumindest mit einem Teilausbau der L 854 von Oberschledorn nach Usseln gerechnet werden kann. Diese Maßnahme, die bereits im Landesstraßenausbauplan 1993 - 1997 als Planungsreserve enthalten ist, sollte eigentlich schon längst ausgebaut sein, zumal die hessische Seite bereits seit Jahren fertig ist.

Die SPD-Fraktion will bei einer unbefriedigenden Antwort des Straßenbauamtes den Verkehrsminister in Düsseldorf direkt einschalten.